

Viehdiebstahl in Brandenburg

▶ Mal verschwinden 69 Kälber von einer Weide in Falkenberg. Dann werden 70 Rinder im Landkreis Elbe-Elster gestohlen. Als nächstes büßt ein Landwirt in Raddusch im Spreewald 48 Rinder ein: Nachts fahren LKW vor. Die Tiere werden offenbar professional zusammengetrieben und verladen. Der Abtransport gelang bislang jeweils lautlos und annähernd spurlos. Die Ermittler verdächtigen organisierte Kriminelle aus dem Raum Bulgarien, Rumänien und Moldau.

Der Schaden beträgt in jedem Fall etliche zehntausend Euro und ist für die Betroffenen wirtschaftlich existenzbedrohend. Genauso schwer wie der wirtschaftliche Verlust wiegt die Einrübung der Perspektive für die künftige Viehhaltung: Wie kann es gelingen, die Tiere nachts vor einem solchen Zugriff zu schützen?

Die Viehdiebstähle in Brandenburg zeigen wieder einmal, dass ein Land mit offenen, unbewachten Grenzen zum Freiraum für Kriminelle wird. Und es macht auch klar, welche Ausmaße das Loch an der Grenze hat: Offenbar passen mehrere LKW mit Rindern mühelos hindurch.

Ohne wirksamen Grenzschutz muss jede Weide, jedes Solarfeld und wahrscheinlich irgendwann auch jeder Acker, jedes Spargelfeld und jeder Windpark 24 Stunden am Tag bewacht werden. Das ist unbezahlbar und sollte das immense Schadenspotential unbewachter Landesgrenzen für jedermann nachvollziehbar machen.

Manfred Rouhs



Wir wissen (fast) alles:

Wie KI Menschen manipuliert und was wir dagegen tun können

▶ **Künstliche Intelligenz (KI) ist eine kombinierte Sprach- und Suchsoftware, die unseren Alltag dramatisch erleichtern kann.** Falls Sie z.B. wissen möchten, wie man an einem VW Golf Diesel, Baujahr 2006, beim Abblendlicht vorne rechts die Glühbirne auswechselt, fragen Sie ChatGPT und bekommen eine präzise Arbeitsanleitung. Deshalb nutzen mehrere Millionen Menschen im deutschsprachigen Raum jede Woche KI-Anwendungen, die - wie ChatGPT - auf openAI basieren.

Zensur bei ChatGPT

Der etablierte Politikbetrieb hat dieses Potential erkannt und openAI in die agitatorische Pflicht genommen. Sie werden nirgendwo in Europa über irgendeine Variante von KI, die auf dem US-Marktführer openAI basiert, politisch neutrale Auskünfte bekommen. Auf die Frage bei-

spielsweise, wer Björn Höcke ist, wird Ihnen ChatGPT um die Ohren schlagen, der Thüringer AfD-Vorsitzende sei nationalistisch und rechtsradikal. Fragen nach dem Klimawandel werden im doktrinären Gleichschritt europaweit so beantwortet, wie es dem Interesse der Globalisierer an der Deindustrialisierung der Alten Welt entspricht.

Wir mussten einen weiten Umweg gehen, um dem abzuhelfen und einen openAI-Chat einrichten zu lassen, der politisch neutrale, sachliche Auskünfte. Freizugänglich für jedermann. Es ist uns gelungen, über eine Firma in Hong Kong einen Server in Singapur einzurichten, der alle Fragen der Menschheit auch in deutscher Sprache ideologiefrei beantwortet: „Frag auf Deutsch!“



Weiter auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

AI kann auch anders

„Wer ist Björn Höcke?“ - Die Antwort wird Mario Voigt & Co. nicht gefallen. - „Was ist der Klimawandel?“ - Bei der Antwort auf diese Frage werden Sie schmunzeln:

software-downloads.net/support.html

Und Sie können selbstverständlich auch alles andere fragen und werden kein Problem damit haben, beim VW Golf Diesel des Baujahrs 2006 die defekte Glühbirne gegen eine neue auszutauschen.

Bitte nutzen und weitersagen!

Und bitte unterstützen Sie Signal für Deutschland e.V. mit einer steuerlich abzugsfähigen Spende! Ohne Geld geht

es nicht. Wir sind auf Ihre Hilfe angewiesen!

Die steuerlich abzugsfähige Spendenquittung übersenden wir Ihnen innerhalb weniger Tage nach Zahlungseingang als PDF-Datei per eMail.

Signal für Deutschland e.V.
IBAN: DE55 1705 2000 0940 0529 54
(BIC: WELADED1GZE)



Schulleistungen:

Deutschland fällt ins Bodenlose

Der Bildungsstandort Deutschland ist Geschichte. Die neueste Studie von Unicef zum Kindeswohl in Europa offenbart und objektiviert, was im Bildungsbetrieb ohnehin jeder weiß: Die Analphabeten-Quote in Deutschland explodiert und das deutsche Bildungssystem stürzt ins Bodenlose. Beim Kindeswohl

nimmt Deutschland nur noch Platz 25 von 37 ein. Das ist der schlechteste jemals für Deutschland gemessene Wert.

Geringe Kompetenz bei Lesen und Mathematik

Rund 40 Prozent der 15-Jährigen verfehlen die Mindestanforderungen beim Lesen sowie in Mathematik. Deutschland zieht sich ein Bildungsprekariat heran, das keine hochqualifizierten Berufe mehr wird ausüben können. Die Zukunftsperspektive eines größer werdenden Teils der jungen Menschen in Deutschland sind Kriminalität, Billigjobs oder ein dauerhaftes Leben von sozialen Transferleistungen.

Nicht nur Unicef, auch die meisten massenmedialen und politischen Akteure

ignorieren bei der Diskussion über die deutsche Bildungskatastrophe den Elefanten im Raum: Viele Grundschüler sprechen bei der Einschulung wenig oder gar kein Deutsch, weil in ihren Familien Deutsch nur als Fremdsprache bekannt ist. Ohne brauchbare deutsche Sprachkenntnisse können sie dem Unterricht kaum folgen. Das Debakel ist politisch hausgemacht und eine Folge der Zuwanderungspolitik.

Folgen der Zuwanderungspolitik

Eine Zuwanderungspolitik kann erfolgreich sein, falls mit ihr ein sofortiger, umfassender Spracherwerb einhergeht, der bei Erwachsenen Chancen für eine Einbindung in den Arbeitsmarkt eröffnet. Sie ist zum Scheitern verurteilt, falls ihr Ausmaß - wie in Deutschland bereits seit Jahrzehnten - die Sprachvermittlungskapazitäten übersteigt.

Deutschland ist ein Land nahezu ohne Rohstoffe. Die einzige Ressource, die seit 1871 die seinerzeit noch jahrzehntelang anwachsende deutsche wirtschaftliche Geltung in der Welt befeuert hat, war die Bildung und die praxisorientierte Ausbildung der deutschen Bevölkerung. Diese Ressource ist seit den 1970er Jahren erfolgreich zerstört worden von politischen Analphabeten, deren Wüten die Analphabetisierung größer werdender Bevölkerungsteile auf dem Fuße nachfolgt.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Signal für Deutschland e.V.

Alte Rhinstraße 16, 12681 Berlin

Vorstand nach § 26 BGB: Manfred Rouhs

Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg, Aktenzeichen VR 36107 B

V.i.S.d.P.: Manfred Rouhs, Druck: Eigendruck

Dauerbezug nur für Mitglieder. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag von EUR 60,00 jährlich enthalten.

Lars Klingbeil musste der Öffentlichkeit einen Rückgang der deutschen Steuereinnahmen erklären. Die Zahlen verdeutlichen: „Die Rezession wird zum Dauerzustand.“

Foto: Lars Klingbeil | Urheber: Sandro Halank | Lizenz: CC BY-SA 4.0



Minus 17,8 Milliarden:

Was die Steuerschätzung für 2026 wirklich bedeutet

▶ Vor drei Jahren rechnete die Bundesregierung noch mit steuerlichen Mehreinnahmen bis Mai 2026 in Höhe von 126 Milliarden Euro, wie 2023 die Nachrichtenagentur AFP berichtete. Jetzt teilt Bundesfinanzminister Lars Klingbeil der Öffentlichkeit die Prognose eines Rückgangs der Steuereinnahmen für 2026 in Höhe von 17,8 Milliarden Euro mit. Das macht klar: Die Rezession wird zum Dauerzustand.

Wirtschaftliche Abwärtsspirale

Denn der Rückgang bei den Steuereinnahmen steht in Aussicht, obwohl der Politikbetrieb im laufenden Jahr viele dutzend Milliarden Euro aus seinem euphemistisch als „Sondervermögen“ bezeichneten Schuldenberg einsetzt, um die Wirtschaftsleistung auszudehnen. Offensichtlich ist, dass der Totalabsturz der deut-

schen Wirtschaft irgendwann nicht mehr aus Schulden finanziert werden kann - die führen zu Inflation und Steuererhöhungen.

Wer den Staatsapparat immer weiter ausdehnt, den deutschen Zugang zu bezahlbaren Rohstoffen kappt, alle wirtschaftlichen Aktivitäten zu Tode reguliert und die menschliche Arbeitskraft mit exzessiven Abgaben belegt, darf sich nicht wundern, dass immer mehr Unternehmen Kapazitäten in Deutschland abbauen und ins Ausland verlagern oder Insolvenz anmelden.

In dieser Situation bemerkt Bundesministerin Bärbel Bas, es gäbe in Deutschland keine Migration in die Sozialsysteme. Deren Leistungen aber werden zu mehr als 60 Prozent erbracht für Menschen mit Zuwanderungshintergrund.

Hinzu kommt eine mangels öffentlich zugänglicher Zahlen nicht genau quantifizierbare Belastung des deutschen Gesundheitssystems durch die Politik der offenen Grenzen. Das Ergebnis sind jährliche Aufwendungen für den Steuerzahler, die mittlerweile einen nicht unerheblichen Teil des Bundeshaushalts ausmachen. Und in dieser Rechnung sind die Kriminalitätskosten der Zuwanderungspolitik noch nicht einmal enthalten.

Merz & Co. handlungsunfähig

Das alles ist, als politisches Gesamtkunstwerk betrachtet, nicht mehr und nicht weniger als ein selbstzerstörerisches Debakel. Inmitten dieses Debakels sitzt Friedrich Merz, der sagt: „Wir müssen eine Diskussion darüber führen, ob wir nicht wie viele andere Staaten auch die ungeregelte Einwanderung über das Asylrecht ablösen müssen zu Gunsten einer geregelten Zuwanderung über ein Gesetz.“

Tatsächlich geregelt aber bekommen Merz und seine Regierung offenbar überhaupt nichts, insbesondere nicht die „Einwanderung über das Asylrecht“. Jeder Tag länger mit Merz, Klingbeil und Bas in Regierungssämtern ist ein schlechter Tag für Deutschland.

Unfassbares Verbrechen:

Abgelehnter Asylbewerber foltert und ermordet Hans W. (93) in Köln-Neubrück

Der brutale Überfall und die Ermordung des 93-jährigen Hans W. in seinem Bungalow in Köln-Neubrück durch den 30-jährigen Nenad A. ist eine ungeheuerliche Tragödie, ein unfassbar sinnloses Verbrechen - und doch weit mehr als ein Einzelfall. Die Bilder aus dem Schlafzimmer - ein gefesselter,

misshandelter alter Mensch; durchwühlte Schränke; ein gestohlenes E-Bike als einzig bislang bestätigter Diebstahl - zeichnen das schwere Versagen gleich mehrerer Systeme: der Sicherheitsapparate, der Ausländerbehörden und nicht zuletzt unserer sozialen Empathie.

Folter und Mord

Die Spur führt laut Ermittlungen der Kölner Polizei zu einer Gruppe junger Männer mit kriminellen Vorstrafen, darunter der 30-jährige Nenad A., geboren in Serbien. DNA-Spuren am Tatort und Zigarettenkippen, die nicht vom Opfer stammen, brachten die Ermittler auf die Fährte. Nach Informationen der Behörden war Nenad A. bereits mehrfach in mehreren Ländern straffällig, gegen ihn wurde eine Ausweisungsverfügung erlassen - er wurde entlassen, reiste freiwillig aus und kehrte offenbar illegal zurück. Nach seiner Festnahme nannte er weitere mutmaßliche Beteiligte; die Ermittlungen reichen in ein Milieu von vielfach vorbestraften, abgeschobenen oder geduldeten Personen, das in städtischen Unterkünften verwurzelt zu sein scheint.

Wiederholte illegale Einreise

Was diesen Fall so erschütternd macht, ist die Kette offensichtlicher Fehler: be-



KI-generiertes
Symbolbild.

kannte Täter, bestehende Straftaten, abgeschobene Personen, die wieder zurückkehren konnten - und ein alter Mann, der in seinem Zuhause in tragischer Weise allein gelassen wurde. Wenn ein Staat Menschen ausweist, dann muss er auch wirksame Kontroll- und Rückkehrmechanismen haben; wenn Tätern Haftstrafen oder Ausweisungen drohen, müssen die Nachkontrollen so organisiert sein, dass eine erneute Gefährdung der Bevölkerung minimiert wird. Dass das in diesem Fall offenbar nicht gelang, ist ein politisches und administratives Versagen.

Wiederholte Abschiebungen, illegale Wiedereinreisen und jahrelange Duldungen sind ein Nährboden für organisierte Kriminalität, Ausbeutung und Gewalt, wenn die Politik nicht konsequent handelt. Behördenversagen trifft die Schwächsten besonders hart - in diesem Fall einen betagten Mann, der seiner allerletzten Schutzbedürftigkeit beraubt wurde.

Einbindung des Asylsystems in Clanstrukturen

Die Ermittlungen deuten auf ein sogenanntes Clan-Milieu und mehrere Tatbeteiligte hin, bei denen teils bereits polizeiliche Bekanntheit besteht. Solche

Strukturen agieren oft in den Grauzonen zwischen Wohnung, Unterbringungseinrichtungen und kriminellen Geschäftsmodellen; sie benötigen polizeiliche Prävention, bessere Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Ausländerbehörden und klare gesetzgeberische Antworten auf wiederholte, rechtswidrige Einreisen.

Politische Konsequenzen

Was jetzt nötig ist: eine lückenlose Aufklärung des Tathergangs und der Verantwortlichkeiten - strafrechtlich gegen die Täter, administrativ gegen mögliche Behördenversäumnisse sowie konkrete Maßnahmen, damit wir aller wieder sicher leben können. Dazu gehören ein konsequenter Vollzug von Ausweisungen, kombiniert mit präventiven Rückkehrkontrollen und eine deutlich bessere Vernetzung zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft und Ausländerbehörden. Grenzen dicht statt grenzenloser Kriminalität!

Diese Tat ist ein Angriff auf die Würde des Einzelnen und auf das Ver-



Fahndungs-
foto

Nenad
A.

trauen in staatliche Schutzfunktionen. Es reicht nicht, hinterher Betroffenheit zu zeigen. Wer wollen wir sein - eine Gesellschaft, die Hilfsbedürftige gegen Gewalt schützt, oder eine, die nach tragischen Fällen reflexartig Krokodilstränen vergießt, ohne das administ-

rative System zu reformieren? Die Antwort sollte klar sein: Schutz, Aufklärung, politische Konsequenzen.

Möge die Aufklärung des Mordes an Hans W. lückenlos sein - und mögen die politischen und administrativen Lehren daraus gezogen werden, bevor die nächste blutige Warnung kommt!



Die totale Überwachung rückt näher. | Verfremdetes Filmplakat mit Big Brother 1984, Urheber: Virgin Films - <https://www.justwatch.com/it/film/orwell-1984>

Risiko von Datenweitergabe und Missbrauch

Umfangreiche Datensammlungen bergen das Risiko von Datenlecks, missbräuchlicher Verwendung oder weitergehender automatisierter Verarbeitung. Je mehr Akteure (Banken, Dienstleister, Behörden) Zugriffsrechte erhalten, desto größer die Angriffsfläche für Fehler, Übermittlung an Dritte sowie - insbesondere wirtschaftliche oder politische - Zweckausweitungen.

Wenn Regelsätze standardisieren, welche Transaktionen oder Konten als „auffällig“ gelten, können niedrige Schwellenwerte zu häufigerem Eingreifen durch Sperren, Prüfungen oder Meldungen führen - auch ohne konkreten Anfangsverdacht. Das erhöht Belastungen für Betroffene und erschwert den Rechtsschutz.

Folgen für den Bürger

Wahrgenommene oder reale Überwachung kann das Vertrauen in Banken und Behörden untergraben. Bürger könnten auf Bargeld, alternative Finanzdienstleistungen oder Verschleierungstaktiken ausweichen - was das Ziel der Geldwäschebekämpfung ironisch konterkarieren kann.

Die politische Führung und insbesondere viele Akteure in den EU-Institutionen misstrauen offenbar größer werdenden Teilen der Bevölkerung. Sie haben sich mit der AMLA ein Überwachungsinstrument geschaffen, das ihnen einen Zugriff auf die Geldmittel natürlicher und juristischer Personen einschließlich der politischen Parteien ermöglicht und das zur politischen Konkurrenzabwehr missbraucht werden kann.

Damit drohen uns allen Orwellsche Verhältnisse, gegen die publizistische, politische und im Einzelfall insbesondere juristische Gegenwehr geboten ist.

Politische Oppositionelle im Fokus:

AMLA is watching you

▶ Die Anti-Money-Laundering Authority (AMLA) mit Sitz in Frankfurt a.M. wurde geschaffen, um Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung EU-weit zu bekämpfen. Zwar ist das erklärte Ziel der Schutz des Finanzsystems, doch die Arbeitsweise und die geplanten Standards bergen konkrete Risiken für die Bürgerrechte in Deutschland.

Konzentration von Daten und Eingriffsreichweite

Die AMLA arbeitet an Regulierungsvorgaben, die Banken und Finanzdienstleister verpflichten sollen, deutlich mehr Kundendaten zu erheben und weiterzugeben. Dazu gehören: Staatsangehörigkeit, Geburtsort, Beruf, Herkunft des Geldes, erwartete Transaktionen, politische Ämter und wirtschaftliche Eigentumsverhältnisse bei Firmen. Diese Ausweitung schafft eine zentrale Wissensbasis über private Vermögensverhältnisse, die ursprünglich nur für konkrete Verdachtsfälle vorgesehen war.

Gefahr von Überwachung und Profilbildung

Wenn Institute systematisch umfangreichere Angaben sammeln, erhöht das die Gefahr, dass harmlose oder rechtmäßige Finanzaktivitäten zu Profilen verdichtet werden. Solche Profile können Rückschlüsse auf Meinungsäußerungen, politische Nähe oder den Lebensstil erlauben - Effekte, die Grundrechte wie die Privatsphäre, informationelle Selbstbestimmung und den Schutz vor unrechtmäßiger Diskriminierung betreffen sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung.

Ausweitung der Befugnisse

Die AMLA soll große Institute direkt beaufsichtigen und einheitliche Standards durchsetzen. Eine zentralisierte Aufsicht kann den nationalen Rechtsstaatsschutz schwächen, weil Entscheidungen und Vorgaben auf EU-Ebene weniger transparent und schwerer gerichtlich überprüfbar sind als nationale Maßnahmen.

► Bereits im April 2026 haben, von der deutschen Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, 46 Klimaforscher den Weltklimarat (IPCC) verlassen. Sie werfen der Organisation eine eklatante Verletzung wissenschaftlicher Standards vor. Insbesondere würde sie abweichende Forschungsergebnisse zur vorherrschenden Meinung unterdrücken, nach der nicht die Sonne, sondern der Mensch einen aktuell zu diagnostizierenden Klimawandel hervorruft.

Diese 46 Klimaforscher haben Stellungnahmen veröffentlicht, die in den deutschen Massenmedien vollständig unterschlagen worden sind:

Dr. Robert Balling: „Der IPCC stellt fest: Es wurde keine signifikante Beschleunigung des Meeresspiegelanstiegs im 20. Jahrhundert festgestellt. Dies fand keinen Eingang in die Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger.“

Dr. Lucka Bogataj: „Steigende Kohlendioxidkonzentrationen in der Luft führen nicht zu einem Anstieg der globalen Temperaturen. Die Temperatur änderte sich zuerst, und etwa 700 Jahre später folgte eine Veränderung des Kohlendioxidgehalts in der Luft.“

Dr. John Christy: „Der Öffentlichkeit ist kaum bekannt, dass die meisten am IPCC beteiligten Wissenschaftler nicht der Meinung sind, dass eine globale Erwärmung stattfindet. Die Ergebnisse des IPCC wurden in jedem nachfolgenden Bericht konsequent falsch dargestellt und/oder politisiert.“

Dr. Rosa Compagnucci: „Der Mensch hat nur um wenige Zehntel Grad zur Erwärmung der Erde beigetragen. Die Sonnenaktivität ist ein entscheidender Einflussfaktor für das Klima.“

Dr. Richard Courtney: „Die empirischen Beweise deuten stark darauf hin,

Gerne liefern wir Ihnen SIGNAL vier Mal im Jahr mit der Post. Bitte hier anfordern:
www.signal-online.de/zeitschrift

Klima-Knall:

46 Wissenschaftler verlassen den Weltklimarat



Immer mehr Klimaforscher stellen die Grudnannahmen der deutschen Klimapolitik in Frage.

dass die Hypothese der anthropogenen globalen Erwärmung falsch ist.“

Dr. Judith Curry: „Ich werde nicht einfach drauflosreden und das IPCC unterstützen, weil ich kein Vertrauen in den Prozess habe.“

Dr. Robert Davis: „Die globalen Temperaturen haben sich nicht so verändert, wie es die modernsten Klimamodelle vorhergesagt hatten. In der Zusammenfassung

für politische Entscheidungsträger des IPCC finden sich keinerlei Erwähnungen von Satellitentemperaturbeobachtungen.“

In ähnlicher Tonlage haben sich auch die übrigen 39 Klimaforscher geäußert, die beim Weltklimarat ausgeschieden sind. Alle 46 Stellungnahmen finden Sie hier veröffentlicht:

signal-online.de/klima-knall/